

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 61 (1974)
Heft: 5: Lehrerfortbildung unter der Leitidee der Mitsprache und Mitbestimmung aller Beteiligten

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

3. Kenntnisnahme von der Einladung zur 7. Plenarversammlung der KOSLO vom Mittwoch, 20. Februar, a. c. Behandelt werden die Stellungnahmen zur schweizerischen Jugendpolitik und zum Bericht «Mittelschule von morgen».
4. Von der Arbeitsgemeinschaft Schule und Massenmedien liegt ein Brief vor, dass sie nach dem Erscheinen des Lehrbuches «Film und Fernsehen» eine Pause in der Tätigkeit einschalten will und nachher im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Massenmedien für verschiedene Aufgaben zur Verfügung stehen wird. Die Gruppe wurde 1961 als Arbeitsgemeinschaft KLVs gegründet. Das Präsidium möchte dem zurücktretenden Präsidenten Paul Hasler, St. Gallen, für seine grosse Arbeit und den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft für den grossen Einsatz herzlich danken. Der KLVs wird sich aber freuen, wenn die engen Verbindungen weiterhin gewahrt bleiben.
5. Das Präsidium lässt sich vom Luzerner Kantonalverband Katholischer Lehrerinnen und Lehrer über die Arbeitsrunden Bibelunterricht orientieren, die der Präsident, Karl Furrer, Ufenau, 6105 Schachen, leitet.
6. Die Jugendschriftenkommission orientiert über die Teilnahme an der Schweizerischen Jugendbuchtagung. Es ist dem Präsidium ein grosses Anliegen, all den Kommissionsmitgliedern für ihre grosse Arbeit (im Jahre 1973 allein über 500 Rezensionen) herzlich zu danken.
7. Das Präsidium gratuliert dem langjährigen und sehr verdienten Präsidenten des Luzerner Kantonalverbandes, Franz Wüest, Zell, zur Wahl als Mitglied des Luzerner Grossen Rates. Der Redaktor des Jugendkalenders «mein freund», Dr. Fritz Bachmann, wurde vom Luzerner Stadtrat zum Rektor der Städtischen Töchterhandelsschule gewählt. Franz Keller, Mitglied der Jugendschriftenkommission, wurde zum Gemeindeammann von Zurzach gewählt. Allen Gewählten herzliche Gratulation!
8. Die Zentralvorstandssitzung findet am 9. März 1974 in Zug statt.
Traktandenliste:
 1. Protokoll
 2. «schweizer schule»
 - 2.1 Jahresthema 1974
 - 2.2 Administrative und finanzielle Situation
 3. KLVs-Jahresthema 1974: Lehrerbildung von morgen
 4. Finanzsituation KLVs
 5. Mögliche Erweiterung des ZV
 6. Kontakt ZV-Mitglieder mit Sektionen
 7. DV 74
 8. Verschiedenes
9. Die Mitglieder des Präsidiums liessen sich von Josef Kreienbühl ausführlich über die «schweizer schule» und das Sekretariat orientieren. Gleichzeitig konnten wir die neue Sekretärin, Frau Ruth Wyrsh, begrüßen.

Umschau

Thema Beruf: Was könnte ich werden?

apr – «Ich möchte mich besser kennenlernen, um den Beruf zu finden, der zu mir paßt.» «Ich möchte wissen, an was ich alles denken muß, um eine gute Berufswahl zu treffen. – Meine Wünsche widersprechen sich. Ich hätte gerne Anhaltspunkte, wie ich sie auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann.» Wer so denkt, dem kann geholfen werden: das kleine Buch «Thema Beruf – Was könnte ich werden?», vor kurzem erschienen, möchte junge Leute – zukünftige Lehrlinge oder angehende Studenten – anregen, sich eine ganze Anzahl Fragen zu beantworten. In der knapp 100seitigen Broschüre wird der Weg zur Wahl eines Berufes in sieben Etappen gegliedert.

Die Verfasser des Buches – ein Team junger Psychologen und Berufsberater des Institutes für angewandte Psychologie der Universität Lausanne – geben dem Leser einleitend noch folgenden Tip: «Die Fragen, die jeweils gestellt

werden, sind weder Prüfungen noch Tests. Sie versuchen nur, das Problem abzugrenzen und Sie auf Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, die Sie nicht übersehen sollten, wenn Sie über Ihre Zukunft nachdenken.» Und weiter: «Achtung: in dieser Broschüre gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Richtig ist eine Antwort dann, wenn sie ehrlich ist.»

Herausgeber der Broschüre sind die beiden Versicherungsgesellschaften «La Suisse»-Versicherungen, Lausanne, und «Schweiz» Allgemeine, Zürich. Im Vorwort wird dann auch die entsprechende «goldene Brücke» gebaut: «Wir als berufsmäßige Versicherer glauben, daß der richtige Beruf immer noch die beste Versicherung ist. Deshalb haben wir die Initiative ergriffen, den Jungen auch auf diesem Gebiet zu mehr Sicherheit zu verhelfen.»

Die sieben Etappen des Weges zur Berufswahl führen von den Interessen des Lesers über seine Begabungen und Fähigkeiten zu seiner Gesundheit, seiner Ausbildung und schließlich zu seinen Beweggründen. Die 6. Etappe gilt der Erstellung einer «Gesamtbilanz». Zu diesem Titel entnehmen wir dem Buch folgendes: «Versuchen Sie

nun – gegen Ende dieser Broschüre – die verschiedenen Elemente Ihrer Überlegungen zusammenzutragen. Notieren Sie in den leeren Feldern jetzt Ihre Ideen: Welche Ausbildung strebe ich an? Wo liegt meine Begabung? Wohin zielen meine Interessen? Was erwarte ich von der Arbeit? Was habe ich für Beweggründe? Bestehen bei mir Probleme, welche die Gesundheit betreffen?

Es genügt nun nicht, alle diese Überlegungen für sich allein anzustellen und mit so vielen Argumenten zu jonglieren. Vieles scheint widersprüchlich, ungenau, unsicher. Da ist es klug, andere Menschen um Rat zu fragen. Es ist die besondere Aufgabe des Berufsberaters, Ihnen zu helfen, damit Sie klarer sehen.

Vergessen wir auch nicht, daß heute die berufliche Zukunft nicht ein für alle Mal festgelegt werden kann. Immer mehr Menschen gehen dazu über, sich im Verlauf des Lebens in ihrem Beruf zu spezialisieren oder ihn zu wechseln. Wir müssen damit rechnen, daß solche Veränderungen mit der Zeit immer häufiger werden. Menschen, die darüber nachdenken, was sie wollen, werden es leichter haben, sich veränderten Umständen anzupassen.»

In der 7. Etappe wird der Leser dann aufgefordert: «Jetzt müssen Sie handeln. Sie haben bis zur letzten Etappe unseres kleinen Leitfadens durchgehalten. Sie haben sich zu zahlreichen Fragen und Problemen Ihre Gedanken gemacht. Und jetzt kennen Sie – so hoffen wir es wenigstens – die wichtigsten Aspekte des Berufes, den Sie im Auge haben. Notieren Sie zum Schluß nochmals die Fragen, über die Sie sich noch nicht ganz klar geworden sind.»

Soweit das Schlußwort der Verfasser der Broschüre. Es folgen dann noch fünf ganz praktische Anregungen, wie nun konkret weiter gehandelt werden soll. So heißt es zum Beispiel: «Erkundigen Sie sich an Ort und Stelle, bei den Unternehmern, bei Berufsleuten oder Berufsverbänden» oder «Gehen Sie zum Berufsberater», «Studieren Sie die Berufstabellen» und «Beachten Sie die Stellenangebote – in Tageszeitungen und Zeitschriften». Zu diesen Anregungen werden im Anhang vollständige Unterlagen geliefert. Etwa die Adressen der kantonalen oder der akademischen Berufsberatungsstellen. Aber auch Literaturhinweise und ein umfangreiches Verzeichnis über die wichtigsten Berufsgebiete, die bekanntesten Berufe und die Entwicklungsmöglichkeiten, die sie bieten.

Das Büchlein «Thema Beruf – Was könnte ich werden?» ist ein nützlicher Leitfaden, um jungen Leuten dabei zu helfen, sich über sich selber klar zu werden. Der Schweizerische Verband für Berufsberatung begrüßt und unterstützt deshalb die Herausgabe der Broschüre. Lehrern, die beabsichtigen, die Broschüre mit ihren Schülern zu

behandeln, wird empfohlen, einen Berufsberater ihrer Amtsstelle beizuziehen. Junge Leute, Eltern und Lehrer können sie kostenlos bestellen bei: LA SUISSE-Versicherungen, 13, avenue de Rumine, 1005 Lausanne, oder bei: «SCHWEIZ» Allgemeine, Gotthardstraße 43, 8022 Zürich.

Privatinitiative im Dienste der Schulreform

Reformversuche in der Staatsschule sind stets ein heikles Unterfangen, weil sich selten alle Beteiligten und Betroffenen auf eine gemeinsame Reformvorstellung einigen können. Darum bilden private Alternativschulen in vielen Fällen eine notwendige Ergänzung zum staatlich verwalteten Schulwesen, denn sie können gleichgesinnten Eltern und Lehrern Raum für voll durch die Beteiligten verantwortete Reformen bieten. Ganz besonders wertvoll sind aber jene Privatschulen, die dort einspringen, wo im staatlichen Bildungsangebot Lücken sind und Bedürfnisse von der breiten Öffentlichkeit noch nicht gebührend erkannt wurden. Allein der Hinweis auf die Erwachsenenbildung genügt, um die Schrittmacherefunktion privater Schulen zu zeigen, womit ihre Existenz zu einem öffentlichen Anliegen wird.

In diesem Sinne möchte ich hier auf eine neue Schule hinweisen, die sich zum Ziel setzt, jenen Schülern eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln, die nach dem 9. Schuljahr «verlorene» Jahre haben, weil sie erst mit 18 Jahren ihre Berufslehre antreten können.

Jeder Lehrer begegnet den Problemen jener Schüler, deren Begabung und Interesse so gelagert sind, dass sie im bestehenden Schulsystem zu kurz kommen, weil ihren besonderen Möglichkeiten in der Volksschule zu wenig Beachtung geschenkt werden kann. Für viele wertvolle Begabungen ist es bekanntlich verhängnisvoll, dass auch die weiterführenden Schulen meist einseitig intellektuell ausgerichtet sind, weshalb man immer wieder Ausschau nach Schulen hält, die den Bedürfnissen jener Schüler gerecht werden, die sich durch soziale oder musische Begabung auszeichnen, aber den Anforderungen der üblichen Maturitätsschulen nicht gewachsen sind. Es dürfte deshalb von allgemeinem Interesse sein, zu wissen, dass im Frühjahr 1974 in Ins ein freies sozialpädagogisches Seminar eröffnet wird, das in mancher Hinsicht der Diplomstufe entspricht, die im Bericht «Mittelschule von morgen» skizziert wird.

Dem ausführlichen Prospekt* kann entnommen werden, dass diese Internatsschule in einem eigens zu diesem Zweck umgebauten Bauernhof untergebracht wird. Die Schulorganisation zeigt, dass besonderes Gewicht auf die sozialbildende Kraft eines übersichtlichen und familiären Gemeinschaftslebens gelegt wird. Der Unterricht wird in Epochen erteilt, so dass ein Wissensge-

biet in Intensivkursen erarbeitet wird (z. T. Projektunterricht). Dazu werden Wahlfachkurse organisiert. Der Klassenlehrer, der mit seiner Familie in Wohngemeinschaft mit den ca. 20 Seminaristen lebt, ist vor allem Studienberater, der das individuell gestaltete Selbststudium kontrolliert und als Internatsleiter amtiert. Er engagiert Fachleute, die für die Zeit, da sie am Seminar unterrichten, ebenfalls dort wohnen können, was ausserschulischen Kontakt ermöglicht, der im zeitgenössischen Lehrer-Schüler-Verhältnis meistens zu kurz kommt. Die Verbindung zur Heimschule Schlössli Ins ermöglicht handwerkliche und künstlerische Betätigung, womit der Unterricht zu einer harmonischen Bildung von Kopf, Herz und Hand abgerundet werden kann.

Man müsste meinen, dass diese Schule einen elitären Charakter bekommen muss, weil sich nur vermögende Kreise eine solche Ausbildung leisten können. Um dies zu verhindern, wurde eine Stiftung errichtet, die in Form von Patenschaften geeigneten Schülern diese Seminausbildung ermöglicht.

Es bleibt zu hoffen, dass diesem hoffnungsvollen Unternehmen Unterstützung und Erfolg beschieden sein werden, damit andere den Mut fassen, ähnliche Diplomschulen zu gründen. (GS)

* Dieser Prospekt kann bezogen werden: Freies sozialpädagogisches Seminar Schlössli/Ins, 3232 Ins (Tel. 032 - 83 10 50).

Schultheater als kreativer Prozess

Aussergewöhnlich gut besucht war das von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für das darstellende Spiel in der Schule in der Aula Rämibühl durchgeführte öffentliche Symposium mit dem Titel «Schultheater als kreativer Prozess». Präsident Richard Gubelmann erklärte in seiner Begrüssungsrede, das Symposium wolle theaterpädagogische Grundlage des Schulspiels behandeln und in der heutigen «technischen» Zeit, die sich auch in der Schultube spiegelt, ausdrücklich auf die zentrale Bedeutung des Kreativ-Musischen für die Erziehung und Bildung des Menschen hinweisen. Er stellte den Prozess, die Art und Weise, wie Spiel und Theater gemacht wird, ins Zentrum der Tagung. Besondere Bedeutung sollte dabei dem Problem des Gruppenverhaltens zugemessen werden. Er zitierte aus Huizingas *Homo ludens*: «Spiel, darstellendes Spiel, ist ein Urphänomen. Es ist nicht nur Lebenshilfe, es ist nicht Mittel zum Zweck, sondern beansprucht als selbständige Seinsform den ganzen Menschen. Spiel muss als Möglichkeit begriffen werden, Menschtum zu verwirklichen.»

Es ist kaum möglich, hier auf die zahlreichen Referate, Improvisations- und Gestaltungsübungen einzeln hinzuweisen. Herausgegriffen sei nur

Grundsätzliches, zum Beispiel die Gedanken von Felix Rellstab zur Situation und Zukunft von Theater und Schulspiel. Ein eher düsteres Bild: Desintegration und Vereinzelung der Bemühungen, Rückzug in den Elfenbeinturm, lähmender Traditionalismus, schwindendes Interesse für herkömmliche Laienspiele, Mangel an Lehrkräften für Kurse, Ungewissheit und Dilettantismus auf allen Stufen müssen als Probleme angepackt und bewältigt werden. Die Besinnung auf neue Zielvorstellungen basiert auf den Überlegungen, dass besonders im Schulspiel der Erlebnisse und Erfahrungen ins Spiel einbezogen sein müssten. Der Spieler gewinnt dadurch Einsichten über sich selbst und andere, erfährt auch unvertraute Formen der Äusserung, erlangt neuen Zugang zu Sprache und Bewegung, erlebt das lustvolle Umsetzen seiner Erlebnisse in Spielformen und wird angeregt, von der Passivität zur Aktivität zu finden. Das Schulspiel leistet damit, dies betonte auch Prof. Konrad Widmer, einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung; das Spiel steht im Dienste der Selbstverwirklichung und der Auseinandersetzung und Begegnung mit der Welt.

Max Huwyler beleuchtete das Schulspiel als Möglichkeit der Sprachschulung. «Sprache» dürfe in der Schule niemals bloss Stoff und Fach sein – Sprache müsse erkannt werden als Instrument, auf dem man spielen kann, als persönliches Ausdrucksmittel. Das darstellende Spiel fördert die Beziehung der Schüler zur Sprache und ebnet über Bewegung und mündlichen Ausdruck den Weg zu einer gesunden Mitteilungsgabe, zur freien Meinungsäusserung überhaupt.

Europäische Bildungsplanung und das Anliegen der christlichen Bildung –

Bericht über das Symposium des OIEC in Brüssel vom 17. bis 19. Januar 1974

Die europäischen Gemeinschaften nehmen sich immer mehr der Bildungsprobleme an. Hunderte von Experten sitzen heute in Brüssel, Strassburg und Paris und entwerfen Zukunftspläne für Europa und eine weltweite Zusammenarbeit. Viele von ihnen sehen ihre Heimat nur mehr als Besucher. Ihre Kinder gehen in europäische Schulen, die nach europäischen Programmen unterrichten. Was kommt da auf uns zu? Wer spricht hier mit? Welche Zielvorstellungen stecken dahinter? Warten wir einfach ab, oder sind wir an kommenden Entscheidungen mitbeteiligt? Wer studiert auf unserer Seite die Probleme? Welches sind die Wege der möglichen Einflussnahme?

Dieser Frage widmet sich das europäische Symposium des *Office international d'éducation catholique* (OIEC) in Brüssel vom 17. bis 19. Januar 1974.

Den Anstoss dazu gab die Tatsache, dass trotz aller Rückschläge und Schwierigkeiten die Einigung Europas Fortschritte macht. Sicher gilt das für den wirtschaftlichen Bereich. Doch ergeben sich gerade von der Wirtschaft aus automatische Rückwirkungen auf Bildung und Erziehung. Will man in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft grosszügig zusammenarbeiten, so ruft das nach einer Freizügigkeit der Niederlassung und der Arbeitsbedingungen für Fachkräfte und Wissenschaftler. Damit tauchte die Frage der gegenseitigen Anerkennung der Diplome und Ausbildungsprogramme auf. «Die Fortschritte auf dem Wege zu einer Wirtschaftsunion und die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der Staaten ziehen zwangsweise eine Koordinierung der Bildungspolitiken auf Gemeinschaftsebene nach sich.» So heisst es einleitend im zusammenfassenden Bericht der «Europäischen Dokumentation 1973».

Dass es sich dabei nicht um blosser Worte handelt, zeigen eine ganze Reihe bedeutsamer Schritte innerhalb der EWG: Die erste europäische Konferenz der Erziehungsminister am 16. November 1971, das Übereinkommen zur Gründung des Europäischen Hochschulinstitutes in Florenz vom 19. April 1972, die Vorarbeiten für ein Europäisches Entwicklungszentrum für das Bildungswesen, die Ausarbeitung von Richtlinien-vorschlägen für die Anerkennung der Diplome von Architekten, Ingenieuren, Ärzten und Apothekern im Rahmen des Artikels 51 des Römervertrages, das gemeinsame Tätigkeitsprogramm für die berufliche Ausbildung nach den Richtlinien des Ministerrates vom 26. Juli 1971. Angestrebt wird eine europäische *Charta* der Bildungskonzeption, wie sie den Bedürfnissen einer europäischen Zusammenarbeit entspricht. Darin soll nicht nur die gesamte Schulbildung, sondern auch die Erwachsenenbildung miteinbezogen werden. Bedenkt man die Möglichkeiten europäischer Telekollege, so könnte die faktische Entwicklung hier den kühnsten Plänen bald vorauslaufen.

Die in Brüssel versammelten Vertreter der katholischen Arbeitsstellen für Bildungsfragen der europäischen Länder versuchten sich vorerst einmal klar zu werden, wo diese Koordinierung der Bildungspolitiken eigentlich hinauslaufen soll. Eine sehr globale Antwort lautet: Die *Bildungspolitik zielt auf ein demokratisches Europa, in dem die Menschenrechte verwirklicht werden*. Damit könnten wir wohl übereinstimmen. Versucht man etwas näher hinzusehen, welche Konsequenzen sich daraus für die Bildung ergeben, so scheinen sich auf den ersten Blick wiederum eine Reihe von Tendenzen zu ergeben, die allen Bildungs-reformen gemeinsam sind: Die Demokratisierung der Bildung, die Individualisierung des Lernens, die selbständige Auseinandersetzung mit neuen

Situationen, die Erziehung zur dialogischen Partizipation usw. Dennoch kann einem sorgfältigen Beobachter nicht entgehen, dass dieselben formalen Tendenzen ein ganz anderes Ziel avisieren, je nach dem Gesellschaftsbild, das dahinter steht. Die Forderung nach Emanzipation kann die Freiheit und Selbstverwirklichung des Einzelnen meinen, aber auch die Befreiung des Individuums zur Aggression bezwecken, damit aus der vollständigen Auflösung der gegenwärtigen Ordnung eine neue Struktur des totalitären Zwangs entstehe. Individualisation kann ein individuelles Tempo meinen in der Arbeit mit Lernmaschinen und eine persönliche Auswahl von Programmen, die aber sämtliche auf die Erhaltung unserer technisch-wirtschaftlichen Produktionsgesellschaft ausgerichtet sind. Es kann aber andererseits auch Freiheit für spontanes, kreatives Schaffen bedeuten. Demokratisierung kann eine maximale Bildungschance für alle beinhalten oder eine möglichst lange dauernde Schulgemeinschaft der Kinder aller Begabungsstufen anstreben. Während die offiziellen Dokumente solche Überlegungen möglichst vermeiden, gehen ihnen private Studien wie z. B. der «Fondation européenne de la culture» bewusst nach. Müssen wir nicht, wenn wir eine europäische Bildungscharta aufstellen wollen, uns bewusst sein, welche der verschiedenen Gesellschaftsalternativen wir anstreben?

Andererseits gaben sich die versammelten Vertreter der Länder in Brüssel Mühe, festzustellen, ob wir von christlicher Seite ein einigermaßen klares Bildungskonzept besitzen. Da die Arbeitsstellen des OIEC sich in besonderer Weise mit den katholischen Schulen beschäftigen, die in vielen Ländern, wie in Belgien, Holland, Frankreich, England, Deutschland, Spanien einen ganz wesentlichen Faktor des gesamten Erziehungswesens darstellen, wurde besonders auf den Entwurf der römischen Kongregation über die katholische Schule in der pluralen Gesellschaft von 1972 hingewiesen. Auch das Zentralbüro in Brüssel hatte unter «Etudes et documents» numéro 11 einen Vorschlag herausgegeben unter dem Titel »L'école catholique – une communauté éducative chrétienne, son projet éducatif». Eine Umfrage bei den verschiedenen Ländern, die eigens auf dieses Symposium hin erfolgt war, zeigte aber, wie zu erwarten war, eine starke Öffnung und Wandlung des gesamten katholischen Schulwesens in allen Ländern. Alles ist im Fluss, überall wird gesucht und experimentiert. Wertvolle Erfahrungen bleiben unbekannt. Wir sind vor allem weit von einer umfassenden Bildungskonzeption, die auf die konkrete Situation anwendbar ist, entfernt.

Am dritten Tage des Symposions wurden sich die Vertreter einig, dass wir uns angesichts einer Koordinierung der Bildungspolitiken Euro-

pas selbst enger zusammenschliessen müssen, um Klarheit zu gewinnen und unser Anliegen wirksam vertreten zu können. Wohl hat das OIEC permanente Vertreter bei der UNESCO in Paris, beim Europarat in Strassburg, beim Bureau international d'Education in Genf, bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel. Doch können diese zu wenig auf Studien von Expertengremien, auf Berichte aus den einzelnen Ländern, auf gemeinsam erarbeitete Richtlinien zurückgreifen. Ihre Schritte sind zu sehr der persönlichen Intuition und dem Zufall überlassen. Darum braucht die Europäische Sektion des OIEC eine neue Struktur und neue Organe. Diese sollen ein systematisches Studium der Fragen, den Kontakt zwischen den Studienstellen der einzelnen Länder und ein koordiniertes Vorgehen in den entscheidenden Gremien der Europäischen Gemeinschaften ermöglichen. Die Delegierten der Länder bestimmten einen kleinen Ausschuss, bestehend aus dem Präsidenten des OIEC (Spanien), dem Sekretär (Belgien), einem Vertreter von Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Sie sollen vor der Generalversammlung, die im Juni in Rom stattfinden wird, einen Vorschlag für diese Organe der Koordination ausarbeiten. Dann müssen die obersten Gremien der Kirche, der Hl. Stuhl, die Europäische Bischofskonferenz, die Nationalen Bischofskonferenzen, die Kongregation für Erziehungsfragen dafür interessiert werden.

Für uns Schweizer ist es sehr schwierig, an einem solchen Symposium mitzusprechen. Der Wirrwarr unserer 22 Schulsysteme macht es schon unmöglich, etwas Genaues über die Schweiz als Ganzes zu sagen. Wir spüren wohl, dass eine Koordination der Bildungsprobleme und eine gewisse gemeinsame Bildungspolitik für unser Land bitter notwendig wäre. Aber es fällt uns unerhört schwer, auch nur den kleinsten Schritt gemeinsam zu vollziehen. Darum sind wir auch skeptisch gegenüber einer Einigung Europas und einer gemeinsamen Europäischen Bildungspolitik. Dazu kommt die Angst, unsere Unabhängigkeit zu verlieren. Dabei macht uns jeder Tag von neuem klar, wie sehr wir alle von einander abhängen – von der Währungs- bis zur Energiekrise. Aber wer weiss, vielleicht würde ein vermehrtes Engagement über unsere Landesgrenzen hinaus doch helfen, unsere kleinen Probleme etwas grosszügiger anzupacken.

Leo Kunz, Seminardirektor
(Teilnehmer im Auftrag der Arbeitsstelle für Bildungsfragen)

Zum Problem einer Europäischen Bildungspolitik ist besonders der Bericht von Henri Janne aufschlussreich, erschienen als Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 10/73 «Für eine gemeinschaftliche Bildungspolitik».

Schweizerschulen für wen?

Die Botschaft des Bundesrates zur Erhöhung der Bundesbeiträge an Schweizerschulen im Ausland wird nicht unangefochten bleiben. Er selber spricht davon, weist allerdings die Kritik als unberechtigt zurück.

Im Mittelpunkt der Kritik stehen nicht so sehr Trägerschaft, Ausbau, Schulstatute usw. – obwohl diese damit natürlich zusammenhängen – als vielmehr Auftrag und Zielsetzung dieser Schulen. Dies wird in einem Satz deutlich, den vor kurzem E. R. von Büttner in einem Beitrag des Informationsdienstes Dritte Welt schrieb: «Die Auslandschweizerschulen legitimieren sich in Wirklichkeit nicht aufgrund ihrer hervorragenden Leistungen, die ihren ‚ausgezeichneten Ruf‘ begründen, sondern aufgrund des in den betreffenden Ländern bestehenden Entwicklungsmodells.»

Damit ist die Frage, die in den nächsten Wochen mit Sicherheit immer wieder gestellt wird, in den grösseren Problemkreis der Entwicklungszusammenarbeit gestellt. Büttner ist der Meinung, die Schweizerschulen im Ausland leisteten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer einseitigen Exportwirtschaft, die aber kaum zu einer echten Entwicklung der betreffenden Länder beitrage. Wer von den eigentlichen Bedürfnissen der Mehrheit der Kinder in Entwicklungsländern ausgehe, müsse feststellen, dass diesen Bedürfnissen mit Sicherheit nicht die Auslandschweizerschule am besten entspreche.

Die Frage ist angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Kinder ausländischer Nationalität jene der Kinder mit schweizerischem Heimatschein weit übertrifft, nicht mit leichter Handbewegung vom Tisch zu wischen. Es ist deshalb verwunderlich, dass der Bundesrat in seiner Botschaft sich nicht selber eingehender mit dieser Frage befasst. Dies um so mehr, als gleiche Diskussionen auch in unseren Nachbarländern angelaufen sind. Wir verweisen auf eine Auseinandersetzung in der Bundesrepublik, wo das Auswärtige Amt Reformpläne in Aussicht gestellt hat, die diese Schulen weitgehend in das Bildungswesen des jeweiligen Gastlandes integrieren wollen.

Dies alles festzustellen, bedeutet nun aber nicht, Schweizerschulen im Ausland nur deshalb abzulehnen, weil sie auch den Interessen unseres eigenen Landes dienen. Es muss vielmehr ein Weg gefunden werden, der die Interessen beider jeweils beteiligten Länder berücksichtigt, und zwar in jenem Geiste der Partnerschaft, wie er im neuen Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit beschrieben wird.

Alois Hartmann in:
«Vaterland» Nr. 32 vom 8. 2. 74

Spitzengehälter für Lehrer in den USA

Mit Ausnahme der Bankkassiere, die in Zürich am meisten verdienen, steht das Bruttoeinkom-

men aller erfassten Berufe abwechselnd in New York, Chicago oder San Francisco an der Spitze der Einkommensskala. Umgekehrt bilden die betreffenden Berufe in Bombay und Bogotá (Personalchef als Ausnahme!) stets die Schlusslichter.

Die Primarschullehrer in New York und Chicago, die wie ihre Berufskollegen in den übrigen Städten seit rund zehn Jahren im staatlichen Schuldienst tätig sind, verdienen mit über 50 000 Franken jährlich absolute Spitzengehälter. Als nächste folgen die Lehrer in Genf, Montreal, San Francisco, Stockholm und Zürich mit Bruttojahreseinkommen zwischen 33 600 Franken und 37 400 Franken. Letzte Position in der Rangfolge der Lehrerbesoldung nehmen Bombay, Bogotá, Buenos Aires und Rio de Janeiro ein (2100 bis 5000 Franken).

Umfrage über Konsumverhalten der Schüler

Eine Arbeitsgruppe der Konferenz Schweizerischer Oberstufenlehrer (KSO) führte in den letzten Monaten bei 500 Schülern eine Umfrage über das Konsumverhalten und die Wertung der einzelnen Konsumgüter durch. Die Ergebnisse der grossangelegten Umfrage waren vielfach überraschend und erstaunlich. So vernahm man, dass die befragten 12- bis 14jährigen Schüler im Durchschnitt nicht weniger als 180 Franken durch Arbeit in der Freizeit verdienen. Die Jugendlichen verfügen also über eine beachtliche Kaufkraft. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sie von der Werbung besonders intensiv bearbeitet werden, bis jetzt aber kaum die nötige Vorbildung und die nötigen Erfahrungen hatten, um diese Anpreisungen und Einflüsterungen kritisch prüfen und beurteilen zu können. Deutlich hat sich bei der Befragung gezeigt, dass die Jugendlichen, nicht anders als die Erwachsenen, für Lockvogelangebote und für Sonderaktionen wie «drei für zwei» sehr anfällig sind. Die Frage: Ist der Kauf tatsächlich nötig? wird zu oft verdrängt oder gar nicht gestellt.

Nicht nur viele Lehrer, sondern auch Konsumentenorganisationen, wie die Stiftung für Konsumentenschutz, fordern deshalb die Erziehung zu konsumgerechterem Verhalten im Schulalter. Der Sekretär dieser Stiftung, Alfred Neukomm, erklärt: «Die wenigsten Eltern sind in der Lage, eine systematische Konsumentenaufklärung zu vermitteln. Die Erwachsenen selber wurden auf ihre Rolle als Marktpartner nicht vorbereitet.»

Die Freiheit, März 1974

Wenn der Knopf nicht aufgehen will

Immer wieder kommen besorgte Eltern mit einem Drei- oder Vierjährigen zum Arzt: «Es will einfach den Knopf nicht auf tun» – mit dem Spre-

chen geht es kaum vom Fleck. Ob da wohl etwas Ernstes dahinter steckt?»

Meistens wird der Arzt nichts Beunruhigendes feststellen. Die Entwicklung der Sprache – eigentlich eine wunderbare Leistung des Kleinkindes – braucht oft viel länger als man annimmt. Sie erstreckt sich über die ganzen ersten 5 bis 6 Lebensjahre.

In der Regel werden zuerst die leichten Lippenlaute b, p, m gebildet. Dann folgen die mit der Zungenspitze geformten Buchstaben wie n und t und schliesslich die Gaumenlaute (g, ch, etc.). Natürlich kann diese Reihenfolge auch Umstellungen erfahren. Die Zischlaute und vor allem das schwierige R, die an die geübten Zungen und Lippen besonders grosse Anforderungen stellen, werden oft erst vom älteren Kindergartenkind oder vom Erstklässler gemeistert. Es ist also nur normal, wenn ein Drei- oder Vierjähriges verschiedene Laute noch falsch ausspricht oder verwechselt. Sofern es nicht sonst durch eine ungewohnte oder stark verlangsamte Entwicklung auffällt, ist daher eine Untersuchung beim Sprachheillehrer erst im Alter von 5 bis 6 Jahren nötig.

Nicht selten überhasteten sich Kleinkinder beim Reden. Worte und Silben werden wiederholt oder purzeln durcheinander, so dass es sich wie Stottern anhört. Aber gerade bei lebhaften Kindern hält die Sprechfähigkeit oft nicht Schritt mit dem Denken, dem sich Mitteilenwollen. Auch hier sind Besorgnisse nicht unbedingt am Platz. Beim richtigen Stottern ist deutlich eine allgemeine Verkrampfung zu beobachten, die sich auf den Atem, die Gesichts- und oft sogar die Gliedmuskulatur auswirkt. Allerdings kann sich überhastetes Reden schliesslich doch zum Stottern auswachsen, wenn die Eltern nicht richtig darauf reagieren. Wer ein Kleinkind mit zu grosser Strenge zu richtiger Aussprache zwingt, es ständig Worte und Sätze wiederholen lässt, macht es mit der Zeit sprachschüchtern. Es bekommt Angst vor schwierigen Lauten und Worten, und so kann sich ein richtiges Stottern entwickeln, das oft erst in jahrelanger Behandlung geheilt wird.

Am besten lernt ein Kind dieses Alters durch Nachahmung. Es ist also am zweckmässigsten, wenn die Eltern ganz natürlich, in normaler Sprache mit ihm sprechen. Lustige Kinderverse, kleine Singspiele, Geschichten erzählen und das gemeinsame Anschauen von Bilderbüchern geben zusätzliche Antriebe.

Eltern, die sich um die Sprache ihres Kindes oder um dessen Entwicklung im allgemeinen Sorgen machen, können sich bei jeder Pro Infirmis-Beratungsstelle unentgeltlich Rat und Auskunft holen.

Osterspende 1974 Pro Infirmis,
Postcheckkonto 80-23 503

Anders gesehen

«Numerus clausus» – dieser lateinische Begriff wird den meisten Lesern nichts sagen. Auch eine Übersetzung ins Deutsche hilft zunächst nicht viel weiter: «geschlossene Zahl». Aber alles spricht dafür, dass dieser Begriff in den kommenden Monaten und Jahren eine erhebliche politische Bedeutung erhalten wird. Gemeint sind damit nämlich Massnahmen der für unsere Hochschulen Verantwortlichen, mit denen die Zahl der Studierenden begrenzt werden soll. In Basel-Stadt, dessen Regierung sich in einer argen Finanzklemme befindet und dessen Universität den kleinen Kanton finanziell stark belastet, ist der numerus clausus bereits beschlossene Sache. Andere Universitätskantone werden folgen oder praktizieren ihn bereits auf gewissen Fachgebieten.

Diese Politik hat zwei äusserst bedenkliche Aspekte. Einmal ist sie kurzsichtig, denn man wälzt ein aktuelles Problem einfach auf die Zukunft ab. Begrenzt man heute die Zahl der Studierenden, könnte man plötzlich eines Tages zu wenig Ärzte, Zahnärzte, Lehrer oder Wissenschaftler haben. Das käme der Gesellschaft dann teuer zu

stehen als die heutige Ausbildung einer genügenden Zahl von Studierenden.

Und zum anderen: Nach welchem Kriterium soll entschieden werden, wer zum Studium zugelassen wird und wer nicht? In der Bundesrepublik Deutschland entscheiden die Noten des Maturitätszeugnisses, und bei uns wird mit dem Gedanken gespielt, dieses System zu übernehmen. Aber ganz abgesehen davon, dass so mancher mit einem schlechten Maturitätszeugnis ein hervorragender Wissenschaftler wurde oder sich später im Beruf bewährt hat – und umgekehrt –, würde dieses System in den Gymnasien eine unerträgliche Konkurrenz-Atmosphäre schaffen. Die Gymnasiasten gerieten unter einen zusätzlichen Leistungsdruck und prämiert würden nicht nur die besonders Intelligenten, sondern vor allem auch die Streber. Ausserdem: Es gibt keine objektiven Noten, es sei denn, die Lehrer wären Übermensch. Und das sind sie doch wohl nicht. Da das aber auch kein anderes befriedigendes Auswahl-System gibt, heisst das: Der numerus clausus schafft Ungerechtigkeit und Ungleichheit und ist deshalb letztlich undemokratisch.

Civis
in: Genossenschaft, Januar 1974

Aus Kantonen und Sektionen

Zürich:

Losverfahren oder Leistungsprinzip?

Numerus clausus an der Universität Zürich auch für Schweizer?

Für Ausländer ist der Zugang zur Universität Zürich in verschiedenen Fächern seit längerer Zeit beschränkt, Schweizer hatten sich bisher lediglich Voranmeldeaktionen in der Medizin und Psychologie zu unterziehen. In einem Podiumsgespräch mit Politikern, Bildungsfachleuten, Mittelschul- und Universitätsvertretern hat die Studentenschaft zu ergründen versucht, ob mit einer breiteren Einführung des Numerus clausus zu rechnen sei und wie gegebenenfalls die Auswahl unter den Studienanwärtern zu treffen ist. Laut Prof. G. Waser ist an der Medizinischen Fakultät in absehbarer Zukunft kein Numerus clausus für Schweizer zu erwarten. Die Zahl der Medizinstudenten gehe wegen des schweren Studiums und wegen der Knappheit an Stellen für Assistenzärzte eher zurück. Der Rektor des Literaturgymnasiums Zürichberg, Prof. H. U. Voser, erwartet dagegen eine Verschärfung der Situation: Die Zahl der Maturanden und der Mittelschuleintritte steigen stark. Mit Kantonsrat A. Wegmann fordert Voser deshalb ein breiteres Spektrum

von Weiterbildungs- und Berufswahlmöglichkeiten für die Mittelschulabsolventen, die heute fast ausschliesslich an die Hochschulen übertreten.

Die Ansichten über eine zweckmässige und gerechte Auswahl bei Zulassungsbeschränkungen gehen auseinander: Studentische Gremien haben sich verschiedentlich für das Losverfahren ausgesprochen, Dozenten und Behörden für das Leistungsprinzip. Erziehungsdirektor Dr. A. Gilgen versicherte, der Kanton Zürich werde die Studienanwärter aus Nichthochschulkantonen nicht benachteiligen. Er rechnet damit, dass die Prinzipien der regionalen Rücksicht und der Auswahl aufgrund von Leistung gesamtschweizerisch durchzusetzen und zu koordinieren sind.

Zürich:

Seilziehen um eine Privatschulbewilligung

Der Regierungsrat hat, wie bekanntgeworden ist, der sogenannten «Alternativschule I» in Winterthur die Bewilligung zur Führung einer Privatschule verweigert und die Einstellung des Schulbetriebs mit Kindern im volksschulpflichtigen Alter verfügt. Die Regierung schloss sich damit als Rekursinstanz dem Entscheid des Erziehungsrates an, gegen den von den Vertretern der «Alternativschule I», die dem «Verein Freie Volksschule im Kanton Zürich» angeschlossen ist, Rekurs erhoben worden war.